



**Die Beilagen zu dieser Vorlage enthalten besonders schützenswerte Personendaten und werden deshalb nur den Mitgliedern des Kantonsrats postalisch zugestellt. Sie werden elektronisch weder versendet noch aufgeschaltet (§ 15 Abs. 4 GO KR, BGS 141.1).**

## **Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Strafgerichts (für die Dauer von zwei Jahren)**

Bericht und Antrag des Obergerichts  
vom 7. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **1. Das Wichtigste in Kürze**

Das Strafgericht des Kantons Zug (Strafgericht) besteht seit dem 1. Januar 2025 aus fünf Mitgliedern. Davon sind drei in einem Vollamt (100 %) und zwei in einem Teilamt (90 % und 80 %) tätig. Unterstützt werden die drei Strafrichterinnen und zwei Strafrichter von vier Gerichtsschreiberinnen und einem Gerichtsschreiber (GES), ausmachend 3,4 Personaleinheiten (PE). Zudem hat das Obergericht dem Strafgericht seit einiger Zeit über das Aushilfsbudget GES-Kapazitäten von 1,0 PE zur Verfügung gestellt. Für den Rest dieses Jahres wurden dem Strafgericht überdies temporär 0,8 PE für GES aus dem Etat des Obergerichts abgetreten.

Nun ist ein teilamtliches Mitglied des Strafgerichts (Beschäftigungsgrad 90 %) seit Mitte November 2025 im Umfang von 50 % aus gesundheitlichen Gründen ausgefallen. Ein entsprechendes Case-Management wurde unverzüglich eingeleitet. Dennoch steht heute noch nicht fest, wie lange diese partielle Arbeitsunfähigkeit noch andauern wird. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Zustand noch mehrere Monate fortbesteht. Gleichzeitig ist die Arbeitslast beim Strafgericht seit einiger Zeit sehr hoch. Um den gesetzlichen Vorgaben weiterhin zu genügen bzw. einen zeitnahen und effizienten Rechtsschutz sicherzustellen, sind dem Strafgericht für eine gewisse Zeit zusätzliche richterliche Kapazitäten zur Verfügung zu stellen (Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds).

### **2. Ausgangslage**

Das Strafgericht ist für den Kanton Zug das erstinstanzliche Gericht, sowohl im Erwachsenen- wie auch im Jugendstrafrecht. Bis Ende 2024 hatten die damals vier Richterinnen und Richter des Strafgerichts zusätzlich die Aufgabe des Zwangsmassnahmengerichts wahrzunehmen. Von dieser Aufgabe wurden sie per 1. Januar 2025 entlastet. Zudem wurde dem Strafgericht auf diesen Zeitpunkt hin vom Kantonsrat eine weitere 70%-Richterstelle zugesprochen. Somit besteht das Strafgericht heute aus fünf Mitgliedern (4,7 PE). Daneben kann das Strafgericht nötigenfalls auf sechs Ersatzmitglieder zurückgreifen. Dies jedoch nur in einem sehr eingeschränkten Mass, da diese in der Regel hauptberuflich stark engagiert sind und auch nicht über ausreichende Fachkenntnisse und die notwendige Erfahrung und Routine verfügen, um Fälle eigenständig zu führen und vor allem die umfassende Fallverantwortung zu übernehmen sowie laufend eingehende Korrespondenz zeitnah zu bearbeiten.

Das Strafgericht hat seit einiger Zeit mit einer hohen Arbeitslast zu kämpfen. Zudem sind auch komplexe Wirtschaftsstrafsachen sowie weitere grössere Fälle zu bearbeiten. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren die Rechte der Verfahrensbeteiligten immer mehr ausgebaut wurden und folglich nicht nur die materielle Fallbearbeitung, sondern bereits zuvor das Verfahrensmanagement zeitlich immer anspruchsvoller wurde. Trotz dieser Umstände blieb die Rechtsprechung auf qualitativ hohem Niveau. Eine Steigerung der Quantität zu Lasten der Qualität kam und kommt für das Strafgericht nicht in Betracht. Allerdings konnten die Erledigungszahlen in den letzten Jahren mit den ansteigenden Falleingängen – trotz eingeleiteter personeller Aufstockungen (zusätzliche GES-Stelle ab 2021, regelmässige Zusprechung einer GES-Aushilfsstelle ab 2022, Entlastung von der Funktion als Zwangsmassnahmengericht und Zusprechung weiterer richterlicher Kapazitäten von 70 % ab 2025) – leider nicht mehr Schritt halten. Folglich stiegen die Pendenzen per Ende 2025 auf die hohe Zahl von 149 Fällen an. Schliesslich fällt bereits seit Mitte November 2025 ein Mitglied des Strafgerichts krankheitsbedingt zu 50 % aus. Das Obergericht stand diesbezüglich von Anfang an in direktem Kontakt mit dem Präsidenten des Strafgerichts, suchte sofort das Gespräch mit dem betroffenen Gerichtsmitglied und unterstützte das vom Personalamt eingeleitete Case-Management vollumfänglich. Aufgrund der im Rechenschaftsbericht des Strafgerichts für das Jahr 2025 dargelegten Entwicklung der Fallzahlen, des Ergebnisses der Inspektionsgespräche sowie dem heute noch nicht absehbaren Ende der partiellen Arbeitsunfähigkeit kam das Obergericht am 11. Februar 2026 zum Schluss, dass als zusätzliche Sofortmassnahme ein Antrag an den Kantonsrat auf Einsetzung eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds für das Strafgericht (gestützt auf § 16 Abs. 1 Bst. b und c des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege [Gerichtsorganisationsgesetz; GOG<sup>1</sup>]) zeitnah zu prüfen sei. Es teilte diese Einschätzung dem Präsidenten des Strafgerichts gleichentags mit.

### **3. Antrag des Strafgerichts vom 20. Februar 2026**

Das Strafgericht hat daraufhin dem Obergericht am 20. Februar 2026 den Antrag eingereicht, es sei beim Kantonsrat möglichst zeitnah der Einsatz eines a.o. Ersatzmitglieds des Strafgerichts (PE 1,0) für die Dauer von zwei Jahren zu beantragen.

Zur Begründung wird ausgeführt, ein Mitglied sei seit November 2025 und voraussichtlich bis mindestens Mitte 2026 aus gesundheitlichen Gründen zu 50 % arbeitsunfähig. Trotz verschiedener eingeleiteter interner Massnahmen seien die Pendenzen beim besagten Mitglied auf 42 angewachsen. Zudem sehe sich das Strafgericht aktuell mit einer hohen Pendenzenlast konfrontiert bzw. hätte sich diese im vergangenen Jahr beim Gesamtgericht mit 149 Verfahren massiv erhöht. Eine zusätzliche Belastung der ordentlichen Mitglieder erweise sich als problematisch, da diese bereits heute mit einer erheblichen Falllast konfrontiert seien. Eine weitere Erhöhung der Falllast berge das Risiko einer Beeinträchtigung des Wohlbefindens weiterer Mitglieder, was es zu vermeiden gelte. Auch seien die Mitglieder gegenwärtig weitgehend nicht in der Lage, die bestehenden Amtsziele zur Gewährleistung einer zeitgerechten Verfahrenserledigung einzuhalten. Eine Umverteilung der Verfahren würde mithin zu einer weiteren Verlängerung der Verfahrensdauer und damit zu einer unhaltbaren Situation führen. Gesamthaft ist das Strafgericht der Ansicht, dass die Voraussetzungen für den Einsatz eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds sowohl gestützt auf § 16 Abs. 1 lit. b wie auch lit. c GOG erfüllt seien.

---

<sup>1</sup> BGS 161.1

Das Obergerichtspräsidium orientierte unmittelbar nach dem Eingang dieses Antrags, d.h. noch am 20. Februar 2026, das Präsidium und die Generalsekretärin der Justizprüfungskommission (JPK) umfassend über die aktuelle Situation, die hohe Dringlichkeit sowie das mögliche weitere Vorgehen. Die JPK antwortete am 5. März 2026.

#### **4. Beurteilung der Lage durch das Obergericht**

Aufgrund der unter Ziffer 2 (Ausgangslage) beschriebenen Situation sowie des umfassend begründeten Antrags des Strafgerichts besteht dringender Handlungsbedarf. Einerseits fehlen für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags seit nunmehr fünf Monaten rund 0,45 richterliche PE und dürfte dieser Ausfall auch noch einige Zeit andauern. Andererseits gingen in den vergangenen zwei Jahren deutlich mehr, zum Teil sehr komplexe Fälle beim Strafgericht ein und wuchsen die Pendenzen konstant an. Sie haben aktuell einen neuen Höchststand erreicht. Dieser Trend konnte nicht gebrochen werden, obschon die Anzahl Erledigungen mit verschiedenen personellen Aufstockungen und Massnahmen wie (1) Erhöhung der GES-Kapazitäten per 1. Januar 2021 von 2,4 auf 3,4, (2) Wahl eines a.o. Ersatzmitglieds für ein Jahr [2021/2022], (3) erneute Wahl eines a.o. Ersatzmitglieds für ein Jahr [2024], (4) regelmässiger Einsatz einer Springerstelle bzw. ab 2025 von a.o. GES-Kapazitäten sowie (5) Erhöhung der richterlichen PE per 1. Januar 2025 (bereinigt nach Abtrennung des Zwangsmassnahmengerichts) von 3,6 PE auf 4,7 PE erhöht werden konnte. In den Abläufen ist zurzeit aus Sicht des Strafgerichts kein weiteres Optimierungspotential ersichtlich. Deshalb braucht es aus Sicht des Obergerichts weitere nachhaltige und zielführende Massnahmen. Ein Zuwarten in der Hoffnung, dass die vorerwähnten bereits eingeleiteten personellen Massnahmen mittelfristig doch noch zu einer Trendwende führen, lässt sich nicht mehr verantworten.

Dem Strafgericht sollen über das Budget 2027 weitere unbefristete Gerichtsschreiberkapazitäten von 1,6 PE zugeteilt werden. Dadurch soll insbesondere die Bearbeitungsdauer für die Urteilsredaktion gesenkt werden. Damit jedoch Fälle überhaupt begründet (redigiert) werden können (mithin spruchreif werden), müssen die Verfahren zügig geführt und insbesondere innert Frist verhandelt werden. Diese Aufgabe können und dürfen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber für ausfallende Mitglieder nicht übernehmen. Die Verantwortung für die einzelnen Fälle bleibt stets bei den fallführenden Mitgliedern. Bei zunehmender Verfahrensdauer müsste vermehrt die Verletzung des Beschleunigungsgebots festgestellt werden. Dies wiederum würde gemäss Strafprozessordnung zu tieferen Strafen und im Extremfall sogar zu Einstellungen von Strafuntersuchungen führen. Mit zusätzlichen Richterkapazitäten können der Verhandlungsdruck abgebaut und die Bearbeitung beschleunigt werden. Deshalb braucht es aufgrund der seit November 2025 ausfallenden richterlichen Kapazitäten von 0,45 PE eine möglichst rasch umsetzbare Lösung. Durch eine Aufstockung der richterlichen Kapazitäten um 1,0 PE kann die Verantwortung für die hohe Anzahl hängiger Fälle in sachgerechter Weise auf mehr als 5,0 richterliche PE verteilt werden. Die Sache ist als dringlich einzustufen.

#### **5. Antrag auf Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds**

Gemäss § 16 Abs. 1 GOG wählt der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer der Verhinderung, wenn eine voll- oder teilamtliche Richterin oder ein voll- oder teilamtlicher Richter infolge Krankheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert sein wird (Bst. b) oder für die Dauer von höchstens zwei Jahren, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlichen Zunahme

der Arbeitslast nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben innert angemessener Frist zu erfüllen (Bst. c).

Aufgrund der dargestellten Ausgangslage sind die vorerwähnten Voraussetzungen erfüllt und ist der Antrag des Strafgerichts in jeder Hinsicht begründet. Bereits der aktuelle Arbeitsvorrat des möglicherweise noch länger ausfallenden Mitglieds führt aktuell zu einer unakzeptablen Mehrbelastung für die anderen Gerichtsmitglieder, welche ihrerseits bereits stark durch die Verantwortung für die eigenen Fälle beansprucht werden. Eine weitere sofortige Aufstockung der Gerichtsschreiberkapazitäten ist nicht zielführend, da diese – wie aufgezeigt – die integrale Prozessführung und v.a. die uneingeschränkte Fallverantwortung nicht übernehmen können. Da zudem – wie ebenfalls aufgezeigt – aktuell die Pendenzen sehr hoch sind, kann mittels der vorgeschlagenen Massnahme eine angemessene Umteilung der Fallverantwortung auf eine weitere Person erfolgen. Die sechs (ordentlichen) Ersatzmitglieder werden zur Entlastung des Strafgerichts regelmässig als Mitrichterinnen/Mitrichter bei Kollegialgerichtsfällen eingesetzt. Zudem wurden per Ende 2025 zwei Fälle auf ein Ersatzmitglied umgeteilt. Eine weitere Entlastung, insbesondere die integrale Übernahme der Fallverantwortung auch für komplexe Verfahren, kann aufgrund der beschriebenen Ausgangslage durch die Ersatzmitglieder nicht erreicht werden. Eine andere Lösung, als durch den Kantonsrat erneut ein ausserordentliches Ersatzmitglied zu wählen, besteht aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation leider nicht.

Dabei erscheint es sinnvoll und sachgerecht, die Wahl für die gesetzlich vorgesehene Maximaldauer von zwei Jahren vorzunehmen. Einerseits wird dadurch die bereits seit fünf Monaten und bis auf Weiteres aus gesundheitlichen Gründen bestehende Verhinderung eines Mitglieds an der Amtsausübung nachhaltig ausgeglichen. Andererseits kann auf diese Weise auch der ausserordentlichen Zunahme der Arbeitslast der letzten Jahre in umfassender Weise Rechnung getragen werden. Verbunden mit dieser starken Massnahme (in Kombination mit der über das Budget 2027 vorgesehenen unbefristeten Erhöhung der GES-Stellen) ist die klare Erwartung, dass das Strafgericht danach wiederum jederzeit einen zeitgerechten Rechtsschutz gewähren und gleichzeitig auch ein spürbarer Abbau der Pendenzen erreicht werden kann.

## **6. Ausschreibung der Stelle und Auswahlverfahren**

In einer ergänzenden Stellungnahme schliesst das Strafgericht nicht aus, dass Gerichtsschreiberinnen oder Gerichtsschreiber für die ausgeschriebene Stelle als a.o. Ersatzmitglied in Frage kommen. Zu beachten sei allerdings, dass der Einsatz von Gerichtsschreibern als Ersatzmitglieder unter dem Aspekt des unabhängigen Gerichts gemäss Art. 30 Abs. 1 BV und Art. 6 Ziff. 1 EMRK problematisch sei. Daher müssten sie bei einer Wahl als Ersatzmitglied ihr Amt als Gerichtsschreiberinnen oder Gerichtsschreiber ohne jegliche Zusicherung einer Wiederanstellung aufgeben (wie dies auch beim KR-Geschäft Nr. 3633 der Fall gewesen sei). Aus diesem Grund sowie in Berücksichtigung einer möglichst grossen Auswahl an geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten habe das Strafgericht für eine breite Ausschreibung plädiert, wobei es den Gerichtsschreiberinnen oder dem Gerichtsschreiber des Strafgerichts offenstehe, sich ebenfalls zu bewerben. Das Strafgerichtspräsidium habe denn auch sämtliche Gerichtsschreiberinnen oder Gerichtsschreiber ausdrücklich auf die Ausschreibung hingewiesen.

Das Obergericht hat die Stelle Anfang März 2026 wie folgt über das Stellenportal des Kantons Zug, zusätzlich verlinkt über verschiedene Online-Stellenportale und ein Inserat in der Zuger Zeitung, ausgeschrieben:

Ihre grosse Chance und zugleich Herausforderung beim Kanton Zug per 1. Juli 2026, allenfalls auch früher, als

### **Ersatzrichterin / Ersatzrichter am Strafgericht (80 - 100 %)**

#### **Ihre Aufgaben**

- Selbständige Bearbeitung aller zugeteilten Verfahren als Einzelrichterin/Einzelrichter oder als präsidierendes Mitglied des Kollegialgerichts
- Teilnahme an Verhandlungen des Kollegialgerichts als Mitrichterin/Mitrichter
- Führung der/des zugewiesenen Gerichtsschreiberin/Gerichtsschreibers
- Übernahme weiterer Aufgaben im Auftrag des Strafgerichtspräsidiums oder des Gesamtgerichts

#### **Ihr Profil**

- Juristischer Hochschulabschluss und Schweizer Anwaltspatent
- Hohe Belastbarkeit, exakter, effizienter Arbeitsstil, Entscheidungsfreude und stilsichere Ausdrucksfähigkeit
- Mehrjährige Berufserfahrung im Strafrecht, vorzugsweise an einem Gericht
- Hohe Sozialkompetenz und uneingeschränkte Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung in schweizerischen Angelegenheiten

#### **Unser Angebot**

- Verantwortungsvolle und höchst abwechslungsreiche Aufgabe im Bereich des gesamten Strafrechtsspektrums
- Attraktive Besoldung und zeitgemässe Anstellungsbedingungen nach dem kantonalen Personalgesetz
- Es handelt sich um ein Mandat als ausserordentliches Ersatzmitglied gemäss § 16 GOG. Die Wahl erfolgt auf Antrag des Obergerichts und nach Vorbereitung durch die Justizprüfungskommission durch den Kantonsrat
- Das Pensum beträgt mindestens 80 % und die Stelle ist auf maximal zwei Jahre befristet

Über das Online-Tool des Personalamtes bekundeten in der Folge sieben Personen, alle mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Zug, ihr Interesse. Bewerbungen von Gerichtsschreiberinnen oder Gerichtsschreibern von Zuger Gerichten waren keine dabei. Mit vier Personen wurde ein Bewerbungsgespräch geführt. Zudem wurden Referenzauskünfte eingeholt. Eine Person zog ihre Bewerbung danach wieder zurück. Für das Obergericht kommen nur hochqualifizierte Personen in Frage, welche das gesetzliche Anforderungsprofil erfüllen und aufgrund ihrer Ausbildung und Berufungserfahrung geeignet erscheinen, das verantwortungsvolle Amt eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Strafgerichts für zwei Jahre auszuüben und bereits nach Stellenantritt (ohne Einarbeitungszeit) produktiv sind. Diese Anforderungen erfüllen grundsätzlich alle drei Personen. Aufgrund dieser komfortablen Ausgangslage und dem Wunsch der JPK entsprechend werden dem Kantonsrat folglich eine Bewerberin und zwei Bewerber zur Wahl vorgeschlagen (in alphabetischer Reihenfolge; weitere Angaben finden sich in den Rekrutierungsunterlagen, welche der JPK zur Verfügung gestellt werden):

**Rechtsanwalt MLaw Loris Baumgartner**, geb. 1994, von Hünenberg/ZG, wohnhaft in Opfikon, aktuell tätig als Rechtsanwalt in einer Zürcher Anwaltskanzlei mit Fokus auf Strafverteidigung, daneben Tätigkeit als Richter bei der Stiftung Schweizer Sportgericht;

**Rechtsanwalt Dr.iur. Ömer Keskin**, geb. 1986, von Basel, wohnhaft in Stettlen, aktuell tätig als Untersuchungsleiter beim Strafrechtsdienst des Eidgenössischen Finanzdepartements;

**Rechtsanwältin Dr.iur. Eliane Welte**, geb. 1990, von Obersiggental/AG, wohnhaft in Staufen, aktuell tätig als Gerichtsschreiberin der III. Strafkammer des Obergerichts Zürich, zugleich nebenamtliche Ersatzrichterin an den Bezirksgerichten Dietikon und Zürich.

Da heute noch nicht feststeht, auf welchen Zeitpunkt hin die Aufnahme der Amtstätigkeit durch die gewählte Person erfolgen kann (Kündigungsfristen), muss dieser nach erfolgter Wahl durch das Obergericht – in einvernehmlicher Absprache mit der gewählten Person und dem Strafgericht – festgelegt werden.

## 7. Finanzielle Auswirkungen

Schliesslich beantragen wir, das ausserordentliche Ersatzmitglied gemäss dem Maximalwert der 22. Lohnklasse gemäss § 44 Abs. 1<sup>bis</sup> des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG<sup>2</sup>) zu entlönnen. Diese Einstufung liegt eine Lohnklasse tiefer als jene, welche bei einem vom Volk gewählten Mitglied des Strafgerichts im Minimum zum Tragen käme. Der Jahreslohn beläuft sich folglich auf rund CHF 190'000.00. Nach Hinzurechnung von rund 20 % für Lohnnebenkosten ist mit einem zusätzlichen jährlichen Aufwand im Bereich von CHF 230'000.00 zu rechnen. Hinzu kommen Lizenzen und Infrastrukturkosten von geschätzt jährlich CHF 10'000.00. Somit betragen die Kosten dieser Stelle pro Jahr rund CHF 240'000.00.

A	Investitionsrechnung	2026	2027	2028	2029
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
<b>B</b>	<b>Laufende Rechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)</b>				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
<b>C</b>	<b>Laufende Rechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)</b>				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand	0	0	0	0
	bereits geplanter Ertrag	0	0	0	0
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand	120 000	240 000	120 000	0
	effektiver Ertrag	0	0	0	0

## 8. Zeitplan

Damit die dringend notwendige personelle Stärkung des Strafgerichts baldmöglichst greifen kann, ist der folgende, anerkanntermassen sehr ehrgeizige Zeitplan vorgesehen:

30. April 2026                      Überweisung an die Justizprüfungskommission

21. Mai 2026                      Beschlussfassung Kantonsrat

<sup>2</sup> BGS 154.21

## 9. Anträge

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen gestützt auf § 16 Abs. 1 Bst. b und c GOG Folgendes:

1. Es sei eine der folgenden drei Personen für zwei Jahre mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als ausserordentliches Ersatzmitglied des Straferichts des Kantons Zug zu wählen:
  - MLaw Loris Baumgartner, Rechtsanwalt, geb. 1994, wohnhaft in Opfikon
  - Dr.iur. Ömer Keskin, Rechtsanwalt, geb. 1986, wohnhaft in Stettlen
  - Dr.iur. Eliane Welte, Rechtsanwältin, geb. 1990, wohnhaft in Staufien
2. Die gewählte Person sei für diese Tätigkeit gemäss dem Maximalwert der 22. Lohnklasse zu entlönnen.
3. Der Zeitpunkt des Amtsantritts sei durch das Obergericht festzulegen.

Zug, 7. April 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Obergericht des Kantons Zug

Der Präsident: Marc Siegwart

Der stv. Generalsekretär: Julian Merz